

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 5. April 2017

2824. 2016/333

Weisung vom 05.10.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Industriequartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Erhöhung Projektierungskredit, Mietverlängerung für Standort Zeughausstrasse 31

Antrag des Stadtrats

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg (Kat.-Nr. IQ6385), Industriequartier, wird der vom Stadtrat am 5. Oktober 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 6 750 000.– auf Fr. 8 500 000.– erhöht.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Eigentümergeinschaft die Vertragsverlängerung über Büro-, Lager-, Garagen- und Nebenräume sowie Parkplätze an der Zeughausstrasse 31, 8004 Zürich, über fünf Jahre, d. h. vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 1 395 192.– abzuschliessen (die Nebenkosten werden von der IMMO direkt beglichen). Immobilien Stadt Zürich hat das einseitige Recht, das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren auf jedes Quartalsende, erstmals auf den 30. Juni 2022, zu kündigen. Die Miete ist indexiert und kann periodisch an die Änderungen des Landesindex der Konsumentenpreise zu 100 Prozent angepasst werden (Unterschreitung des Mietzinses ausgeschlossen).

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Stefan Urech (SVP): *In einer stetig wachsenden Stadt bleiben die Aufgaben für die Polizei dieselben. Die Polizei muss allzeit bereit sein, sie muss jederzeit am richtigen Ort präsent sein. Dieser Herausforderung hat sich die Stadtpolizei gestellt. Sie hat eine Standortstrategie entwickelt, die Kriminalabteilung am Mühleweg ist Bestandteil dieser Standortstrategie. Es sind verschiedene Stützpunkte vorgesehen. Einer ist der Stützpunkt West an der Förllibuckstrasse, dann gibt es den Stützpunkt Nord im Airgate, es gibt einen Stützpunkt City bei den Amtshäusern und schliesslich die Kriminalabteilung am Mühleweg. Am Mühleweg laufen sich Hipster aus der ZHDK, Clubbesucher aus dem Balkan und Quartierbewohner abends über den Weg. Dort soll nun für ungefähr 85 Millionen Franken ein Gebäude mit sieben Stockwerken für die Kriminalpolizei entstehen. Bislang ist die Kriminalpolizei auf acht verschiedene Standorte verteilt, so zum Beispiel in Aussersihl oder im Globusprovisorium. Diese Fragmentierung ist aufwändig, teuer und für die Stadtpolizei ungünstig. Bei gewissen Mietobjekten ist die Verlängerung des Mietvertrags nicht möglich. Es muss somit zwingend eine Lösung gefunden werden. Die heutige Nutzfläche beläuft sich auf ungefähr 6300 Quadratmeter, neu soll eine Nutzflä-*

che von 7500 Quadratmetern entstehen. Im neuen Gebäude sollen die Kriminalpolizei und die Cyberkriminalologie Räumlichkeiten erhalten und es sollen dort Festhaltezellen entstehen. Darin können Chaoten festgehalten werden. Den Vertretern der Kriminalpolizei wurden von der Kommission viele Fragen gestellt. Diese wurden geduldig und detailliert beantwortet. Wir haben beispielsweise gefragt, ob die Integration in einen der anderen Stützpunkte nicht möglich sei, was leider nicht der Fall ist. Wir haben lange über Synergien gesprochen. Auch hier wurde uns ausführlich und plausibel erklärt, dass Synergien bereits ausgiebig genutzt werden. Der Bau ist notwendig.

Kommissionsminderheit:

Gabriele Kisker (Grüne): Wir wollen, dass der Bau des Gebäudes am Mühleweg erst umgesetzt wird, wenn eine Gesamtplanung des Hauptstandorts West vorliegt. Dazu benötigt es einen finanziellen Überblick und eine Planung, die dem städtebaulichen Anspruch in diesem Quartier gerecht wird. Spätestens 2011 nach der Abstimmung war klar, dass infolge des Wegzugs des Kantons aus dem Kasernenareal räumliche Veränderungen für die Stadtpolizei notwendig werden. Es wird eine räumliche Synergie mit dem Kanton ausgeschlossen. Es ist kaum nachvollziehbar, weshalb erst im Sommer 2016 von der Stadt konkret nach Ersatzräumen gesucht wurde. Wir hatten in der Kommission das Gefühl, dass sich die Immobilienverwaltung und die Polizei gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben. Der Gemeinderat soll jetzt aus Sachzwängen heraus einen Projektungskredit abnicken. Gerne bieten wir Hand für rasche Lösungen. Hier wird aber ein Handlungszwang generiert, von dem wir uns aus städtebaulichen und inhaltlichen Gründen nicht einfach überrollen lassen wollen. Die Stadtpolizei beabsichtigt, sich mit drei Stützpunkten räumlich komplett neu zu organisieren. Einer dieser Stützpunkte ist der Hauptstandort West. Dieser Standort besteht aus zwei Teilen, nämlich dem Standort Mühleweg und dem geplanten Standort an der Förllibuckstrasse. Der Bau der Kriminalabteilung am Mühleweg gilt als wichtiges Puzzleteil in einer räumlichen Grossrochade in Richtung Zürich West. Es liegen Absichtserklärungen und grobe Einschätzungen des Raumbedarfs vor, aber es ist bis heute nicht gesichert, ob und auf welche Weise der Bau an der Förllibuckstrasse entstehen soll. Es ist auch unklar, was er beinhalten soll. Eine so umfassende Rochadeplanung kann nur gelingen, wenn die Einzelteile auch zusammenpassen. Wir wollen ein solches Vorgehen unter Zeitdruck nicht unterstützen. Jede Etappe ist nur dann sinnvoll, wenn sie räumlich und finanziell in einem sinnvollen Ganzen eingebettet ist. Abgesehen von den Löchern in der Planung finden wir auch, dass im Zusammenhang mit dem Umbau des Toni-Areals bereits eine fokussierte Stadtentwicklung mit Durchmischung, Gewerbe und Wohnraum gesichert werden soll. Ein sorgfältiger Umgang mit knappem Boden könnte bedeuten, dass eine höhere Ausnutzung am eher unattraktiven Standort Mühleweg zu prüfen wäre, so dass ein Park oder Wohnformen möglich würden. Es wäre sinnvoll, dort eine grüne Lunge anzusetzen. Das Gebiet ist sehr belastet. Es muss auch mit dem Kanton verhandelt werden, um räumliche Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Grundsätzlich ist es eine Tatsache, dass die Stadtpolizei vor dringlichen Raumfragen steht. Mit dem Kauf von Liegenschaften steht unserer Ansicht nach genügend Rochadefläche zur Verfügung, um einen vorübergehenden Engpass zu bewältigen und eine zukunftsgerichtete Planung voranzutreiben. Wir müssen zurückgehen und genau planen, so dass das Zusammen-

spiel aller Etappen dieser Rochade beurteilt werden kann. Wir brauchen Zeit für Verhandlungen mit dem Kanton, damit Synergien etabliert und Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Erst dann kann der Gemeinderat mit gutem Gewissen Steuergelder in einzelne Puzzleteile investieren.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Bei der Begründung der Rückweisung wird eine höhere Ausnutzung im Duttweiler-Areal gefordert. Das Potential des Areals soll als Parkanlage oder für Wohnungen genutzt werden. Etwa 500 Meter davon entfernt setzen sich die Grünen mit Inbrunst für ein Asylzentrum ein. Dieses wird etwa doppelt so gross sein. Es wurden beim Asylzentrum keinerlei kritische Fragen gestellt. Bei diesem kleinen Areal, das für die Polizei genutzt werden soll, wird jeder Quadratmeter genau überprüft. Dies lässt mich drauf schliessen, dass die Grünen die Sicherheit der Lokalbevölkerung als weniger wichtig einstuft als das Wohlergehen von Flüchtlingen. Ich empfehle euch, bei der Asylpolitik einen Gang zurückzuschalten. Die Stadtpolizei hat eine klare Strategie vorgelegt.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Wir situieren uns in der Mitte zwischen Gegnern und Befürwortern. Für uns steht das PJZ im Mittelpunkt. Es hat uns in der Vergangenheit als abstrakte Vorstellung beschäftigt. Eines Tages wird das PJZ konkret und Zugzwänge lassen sich nicht mehr vermeiden. Spätestens in vier Jahren muss die Stadtpolizei den gemieteten Standort an der Zeughausstrasse verlassen. Deshalb muss etwas Neues gesucht werden. Die Weisung zeigt auf, dass nach Alternativen gesucht wurde. Dabei wurde gewissen Aspekten Rechnung getragen, die wir Grünliberalen im Grundsatz unterstützen. Eine eigene Lösung anstatt einer risikobehafteten Fremdmiete und eine räumliche Konzentration an einem geeigneten Standort befürworten wir. Wir unterstützen den geplanten Neubau für die Kriminalabteilung am Mühleweg zwar nicht euphorisch, sondern vielmehr mit Rücksicht auf etwas Unumgängliches. Durch einen neu aufgegleisten Planungsprozess wird die Situation nicht besser. Wir fragen uns, ob es kostenplanerisch sinnvoll ist, auf die durch die Neuüberprüfung notwendigen provisorischen Lösungen zu setzen. Gerade für eine Kriminalabteilung, die sich nicht auf eine durchschnittliche Ausstattung verlassen kann, bringt dies erhebliche Komplikationen mit sich. Andererseits fragen wir uns, ob eine Gesamtplanung immer die besseren und effizienteren Lösungen zu erbringen vermag. Eine Gesamtplanung kann vielleicht das Gesamtbild zu einem bestimmten Zeitpunkt widerspiegeln, aber allfällige Perspektivwechsel, die die Zukunft mit sich bringen kann, lassen sich nicht mehr auffangen. Sie lösen oft zu einem späteren Zeitpunkt neue Planungen aus. Wir befürworten den Standort am Mühleweg. Wir sehen keine Alternative.

Patrick Hadi Huber (SP): Die Fraktion der SP hat das Projekt auch geprüft. Am Bau als solchem können wir nichts aussetzen. Dieser ist zweckmässig und rasch geplant worden. Beim Rückweisungsantrag der Grünen werden wir uns jedoch enthalten. Wir sind etwas skeptischer als die GLP. Die Raumbedarfsplanung der Stadtpolizei scheint zu spät zu kommen. Die Stadtpolizei macht geltend, dass sie die kriminalpolizeilichen Räume, die sie sich mit der Kantonspolizei teilt, verlassen muss. Begründet wird dies mit dem PJZ. Es wurde gesagt, der jetzige Standort könne nicht übernommen werden.

Diese anstehende Veränderung ist seit der Abstimmung 2011 keine Überraschung. 2011 hätte man mit dem Vermieter das Gespräch suchen müssen. Es hätten vertragliche Zusicherungen gemacht werden müssen. So hätte frühzeitig in Erfahrung gebracht werden können, ob neue Räume gebraucht werden. Es hinterlässt einen schalen Nachgeschmack, wenn die Stadtpolizei betont, dass lediglich für eine einzige Abteilung, nämlich für die Kriminalpolizei, ein Umzug notwendig ist. Ausgerechnet für diese Abteilung wurde die Planung verpasst. Der Standort kann deshalb auch nicht optimiert werden. Aus unserer Sicht handelt es sich um eine verpasste Chance. Wir müssen jetzt in einem beschleunigten Planungsverfahren entscheiden. Wir sind überzeugt, dass die Stadtpolizei einen guten Standort braucht. Deshalb werden wir dem Kredit zustimmen.

Andrea Leitner Verhoeven (AL): *Die AL-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab, auch wenn wir gewisse Kritikpunkte der Grünen unterstützen können. Als Begründung für den Neubau nennt die Verwaltung die Zeitknappheit, welche durch den Bezug des PJZ durch die Kantonspolizei entstanden sei. Dies wirkt so, als ob dies nicht schon seit längerer Zeit bekannt gewesen sei. In der Kommission haben wir wiederholt das Gefühl bekommen, dass eine Zustimmung zum Projekt Mühleweg gleichzeitig auch den Weg für das Projekt an der Förrlibuckstrasse ebnet. Das häppchenweise Genehmigen finanzieller Mittel, ohne zu wissen, wohin das führt, schafft ein Unbehagen. Der Raumbedarf besteht klar. Wir müssen hier im Rat mitziehen. Das Projekt Mühleweg ist detailliert ausgearbeitet und es befindet sich auf einem Grundstück, das dafür geeignet ist. Es kann sein, dass das Projekt mit einer Testplanung finanzielle Vorteile mit sich bringt. Es stört aber, dass wir als Kommission und Parlament auf infrastrukturellen Fragen keinen Einfluss nehmen können. Es wäre schön, wenn uns mögliche Synergien mit der Kantonspolizei aufgezeigt worden wären. Ich frage mich, ob damals mit dem Bau des PJZ nicht überlegt wurde, dass wir nun Dinge doppelt brauchen, die sich früher die Kantons- und Stadtpolizei geteilt haben.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Es entsteht der Eindruck, als ob die Stadtpolizei unter Zeitdruck irgendein Projekt an einem unpassenden Standort zum falschen Zeitpunkt realisieren wolle. Dies ist klar unzutreffend. Der Standort am Mühleweg ist optimal. Er wurde vielleicht etwas spät in die Planung eingebracht. Nichtsdestotrotz ist er räumlich sehr gut gelegen im Verhältnis zu anderen diskutierten Standorten. Er ist auch im Verhältnis zum PJZ, mit dem es Kooperationen geben wird, gut gewählt und hat genau die richtige Grösse. Er entspricht genau den Bedürfnissen der Kriminalpolizei. Die sieben Stockwerke können das aufnehmen, was benötigt wird. Der Standort passt sehr gut in die Standortstrategie. Die Standortstrategie verlangt eine Anpassung der Standorte an eine wachsende Stadt, es soll nicht mehr alles im Zentrum liegen. Der Mühleweg ist Teil dessen, was im Westen entstehen soll. Wenn der Standort an der Förrlibuckstrasse auch realisiert wird, dann haben wir dort zwei Standorte nebeneinander, diese können praktisch als ein Standort betrachtet werden. Der Standort am Mühleweg funktioniert aber auch alleine. Wir konstruieren keinen Sachzwang. Wenn die Vorlage zum Mühleweg bejaht wird, dann kann diejenige zum Standort an der Förrlibuckstrasse trotzdem abgelehnt werden. Zwischen diesen Vorlagen liegen mindestens 15 Jahre. Es kann so-*

mit Einiges passieren. Wir sind bereit, das Postulat, über das noch debattiert wird, entgegen zu nehmen. Der Standort Förrlibuckstrasse kann überprüft werden. Es handelt sich um keinen Schnellschuss, es handelt sich um eine zügige Planung, die räumlich und zeitlich eingebettet ist. Auch finanziell ist die Lösung gut. Wir haben erfolglos mit dem Vermieter an der Zeughausstrasse 11 und 21 verhandelt. Wenn für die nächsten fünf bis zehn Jahre temporäre Lösungen gesucht werden, dann muss ebenfalls investiert werden. Dies wäre sehr unbefriedigend und insgesamt gesehen teurer. Wir wollen uns von Fremdmieten lösen. Auch hier ist der Standort Mühleweg eine ideale Lösung. Eine Ablehnung des Projekts wäre teuer und umständlich. Kooperationen mit dem Kanton finden statt. Gerade im Bereich Cyberkriminalität wird gemeinsam ein Institut betrieben. Der grössere Partner ist der Kanton, der kleinere Partner ist die Stadt. Diese Kooperation funktioniert sehr gut. Das forensische Institut wird ins PJZ integriert und stellt eine erfolgreiche Kooperation zwischen Stadt und Kanton dar. Auch die Polizeischule ist eine erfolgreiche Kooperation. Es ist nicht so, dass wir nicht zusammenarbeiten. Wenn aus dieser Vorlage eine PJZ-Diskussion entstehen soll, dann handelt es sich um den falschen Ort dafür. Man kann über das PJZ sprechen, aber es wird sowieso gebaut. Man kann allenfalls prüfen, welche Kosten infolge des Umzugs des Kantons ins PJZ auf die Stadt zukommen. Wir sind bereit, dies genauer anzuschauen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ich war überrascht, als ich erfahren habe, dass auf dem Areal am Mühleweg für die Kriminalpolizei ein Gebäude errichtet werden soll. Es überrascht mich, dass gesagt wird, mit der Planung sei nicht zu spät angefangen worden. Ebenso überrascht mich, dass gesagt wird, die Standortwahl sei optimal und es gebe keine Alternativen. Ich wohne in der Nähe des Standorts, ich sehe, was in Zürich West läuft. Neben der Förrlibuckstrasse soll ein weiterer Polizeistandort errichtet werden. In den Entwicklungszielen der Stadt kann man nachlesen, dass in der Gegend ein vielfältiger Nutzungsmix angestrebt wird. Es soll Grünraum entstehen, es sollen Schulen geplant werden. Man sagt, es gäbe in Zürich West zu wenig Grünraum. Auf dem Areal wurde 2013 ein schöner Pocketpark erstellt. Dieser wurde ebenfalls auf der Website erwähnt. Die Kriminalpolizei am Mühleweg wird jedoch nicht erwähnt. Es braucht niemand zu behaupten, das sei langfristig geplant worden. Ich bin frustriert und ich finde die Rückweisung wichtig. In Zürich West fand in den letzten Jahren keine gute Stadtentwicklung statt. Theoretisch wurden schöne Konzepte ausgearbeitet, es wurden Entwicklungsziele erarbeitet. Wenn es an die konkrete Umsetzung geht, hält man sich nicht an konkrete Ziele. Man schaut einfach, wo es Platz gibt. Ich glaube nicht, dass es sich um eine Entwicklung und Planung handelt, die ihren Namen verdient. Ich verstehe nicht, weshalb man nicht schneller geschaut hat, welche Möglichkeiten an der Förrlibuckstrasse bestehen und wieso eine konzentrierte Realisierung an der Förrlibuckstrasse nicht möglich ist. Jetzt befindet sich die Stadt in Zugzwang. Der Standort wird als idealer Standort verkauft. Stefan Urech (SVP) hat gesagt, dass wir uns für das Bundesasylzentrum stark einsetzen. Ich finde das richtig. Es befindet sich am richtigen Standort. Dort wurde die Bevölkerung befragt. In den Entwicklungszielen der Stadt steht, dass die Entwicklung in kooperativen Verfahren realisiert werden soll. Wir werden wegen dem Stadion, dem Hardturmareal und dem Bundesasylzentrum befragt. Im Zusammenhang mit dem geplanten Polizeigebäude fanden keinerlei Gespräche statt. Deshalb bin ich sehr frustriert. Es werden Büros entstehen, es gibt Haftzellen. Es wurde verpasst, eine

sinnvolle, langfristige Planung durchzuführen.

Reto Vogelbacher (CVP): Die Zentrale der Kriminalpolizei ist dringend notwendig. Der Standort an der Zeughausstrasse fällt weg. Stadtrat Richard Wolff hat ausführlich erläutert, warum der Standort so gewählt wurde. Ich habe das Gefühl, dass die Grünen einfach unzufrieden sind und den Standort Mühleweg nicht wollen. Ihr habt davon gesprochen, dass dort Wohnungen errichtet werden sollen. Die Wohnungen hätten viel Schattenwurf vom Viadukt. Ich glaube nicht, dass der Standort ein idealer Wohnraum wäre. Dort darf ein Verwaltungsgebäude stehen.

Walter Angst (AL): Den Ausführungen von Karin Rykart Sutter (Grüne) zur verkachelten Stadtentwicklung in Zürich West kann ich zwar folgen, aber es ist fragwürdig, diese Fragen genau an diesem Objekt abzuhandeln. An diesem Ort könnte man allenfalls einen Pocketpark errichten, aber man könnte dort keinen Stadtentwicklungsbeitrag für Zürich West leisten. Eine Option besteht direkt gegenüber am Duttweiler-Areal und an der Förrlibuckstrasse. Aus diesem grossen Areal könnte man etwas tun für Zürich West, sobald die Asylpolitik eine andere sein wird. Ich habe den Eindruck, dass es euch schwer fällt, mit den Standortstrategien umzugehen. Die Standortstrategien sind eine Errungenschaft. Es ist gut, dass sich der Stadtrat überlegen muss, wo und auf welche Weise er Projekte realisieren kann. Die Strategie dient dazu, zu sagen, was nicht geht. Es ist nicht tragbar, dass 2030 das Förrlibuckareal zu einem neuen Hauptquartier der Stadtpolizei ausgebaut werden soll. Dies ist mit der Standortstrategie nicht vereinbar. Wenn man sich anschaut, was man dringend braucht, dann ist diese dritte Investition nicht tragbar. Dies wäre das entscheidende starke Signal, mit dem auch für den Kreis 5 ein Beitrag geleistet werden kann.

Stefan Urech (SVP): Ich wohne auch dort in der Umgebung und ich habe mich auch nicht darüber gefreut, dass bei mir ein Verwaltungsklotz entstehen soll. Ich konnte mich aber damit beruhigen, dass um das Gebäude herum und hinter dem Gebäude Grünraum entstehen soll, der von den Studenten, Büroangestellten und der Bevölkerung genutzt werden kann. Die Kiesmulde, die sich dort heute befindet, ist etwas trist. Die Argumentation von Karin Rykart Sutter (Grüne) ist nicht stringent, sie ist sachlich nicht überzeugend. Auf dem Areal des Bundesasylzentrums könnte entweder ein grosser Park oder ein Schulhaus und ein Park gebaut werden. Eine Kriminalpolizei, die schnell an verschiedene Orte ausrücken muss, braucht einen zentralen Standort. Ein Asylzentrum muss sich nicht mitten im Quartier befinden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Die Standortstrategie der Stadtpolizei wurde überarbeitet. Diese gilt auch für die Kriminalpolizei. In der Regel wird eine Standortstrategie seriell umgesetzt. Dies wäre auch für den Gemeinderat besser nachzuvollziehen. Für die Kriminalabteilung müssen wir das Vorgehen beschleunigen. Es fanden Verhandlungen statt, wir haben ein PJZ, dessen Realisierung bevorsteht. Das Projekt basiert aber durchaus auf Aussagen der Standortstrategie. Die relevanten Dinge sind in der Standortstrategie enthalten. Diese können wir diskutieren. In diesem Sinn nehmen wir auch das Postulat ent-

gegen. Es ist sinnvoll, Strategien immer wieder einer Überprüfung zu unterziehen und sich zu überlegen, ob es sich um den richtigen Weg handelt. Beim Standort West müssen viele konzeptionelle Überlegungen angestellt werden. Es stellt sich die Frage, was dort sinnvoll wäre und was man dafür aufgeben würde. Die Gesamtfläche, die von der Stadtpolizei gebraucht wird, nimmt etwas ab. Die IMMO hat einen geeigneten Standort gesucht und gefunden. Damit wird Zürich West nicht in einem massgeblichen Umfang städtebaulich geprägt. Beim gewählten Standort handelt es sich um einen Parkplatz, die Fläche ist versiegelt. Der Mühleweg wird aufgewertet, es wird auch begrünt. Der Ablauf der Planung war nicht ideal. Es mussten aber Entscheidungen getroffen werden. Wir brauchen eine angemessene Infrastruktur für die Kriminalpolizei. Über die Synergien mit der Kantonspolizei wurde wenig gesprochen, ein Postulat greift dieses Thema auf. Stadtrat Richard Wolff hat dargelegt, weshalb die Nutzung eines Provisoriums nicht sinnvoll ist. Es ist kostspielig auf die grosse Gesamtplanung zu warten. Dieses Puzzle-teil funktioniert auch für sich alleine genommen sehr gut.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

1. Dem Gemeinderat ist nach der abgeschlossenen Planung des gesamten Hauptstandorts West (Mühleweg/Förrlibuck) erneut eine Weisung für einen Neubau am Mühleweg inklusive eines finanziellen Überblicks vorzulegen.
2. Dabei ist zu prüfen, ob der Neubau am Mühleweg nicht mit einer deutlich höheren Ausnützung realisiert werden soll. Ein spezielles Augenmerk ist auf die Planung der Erdgeschosse zu richten, damit alle in Zukunft nötigen Funktionen auch erfüllt werden können. Die einzelnen Schritte für die Umsetzung der «Standort- und Raumbedarfsstrategie 2016 | 2035 Stadtpolizei Zürich» sind dementsprechend anzupassen.

Mehrheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit: Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Referentin
Enthaltung: Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 14 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit:	Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Referentin
Enthaltung:	Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg (Kat.-Nr. IQ6385), Industriequartier, wird der vom Stadtrat am 5. Oktober 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 6 750 000.– auf Fr. 8 500 000.– erhöht.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Eigentümergemeinschaft die Vertragsverlängerung über Büro-, Lager-, Garagen- und Nebenräume sowie Parkplätze an der Zeughausstrasse 31, 8004 Zürich, über fünf Jahre, d. h. vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 1 395 192.– abzuschliessen (die Nebenkosten werden von der IMMO direkt beglichen). Immobilien Stadt Zürich hat das einseitige Recht, das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren auf jedes Quartalsende, erstmals auf den 30. Juni 2022, zu kündigen. Die Miete ist indexiert und kann periodisch an die Änderungen des Landesindexes der Konsumentenpreise zu 100 Prozent angepasst werden (Unterschreitung des Mietzinses ausgeschlossen).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. April 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Mai 2017)

9 / 9

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat